

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gisela Piltz, Ernst Burgbacher, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/11702 –**

ESTA – Elektronische Einreiseregistrierung für Reisen in die USA

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem 12. Januar 2009 müssen sich USA-Reisende ohne Visum zur Einreise in die Vereinigten Staaten bis spätestens 72 Stunden vor Abflug über das Onlinesystem ESTA (Electronic System for Travel Authorization) registrieren. Zu beantworten sind etwa Fragen danach, ob eine Beteiligung an Spionage- oder Sabotageakten vorliege, mit Drogen gehandelt werde oder die Reise zum Zweck krimineller oder sittenwidriger Handlungen erfolge. Erfragt werden auch aktuelle oder in der Vergangenheit liegende geistige Erkrankungen, ansteckende Krankheiten, etwa eine HIV-Infektion oder Geschlechtskrankheiten, oder strafrechtliche Verhaftungen bzw. Verurteilungen. Ebenfalls erforderlich sind Angaben zu einer etwaigen Immunität gegenüber Strafverfolgungsmaßnahmen von US-Behörden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das „Electronic System for Travel Authorization“ (ESTA) wurde aufgrund von Abschnitt 711 der „H. R. (House of Representatives) 1 Implementing Recommendations of the 9/11 Commission Act of 2007“ durch die USA eingeführt. Das Gesetz wird durch Ausführungsbestimmungen ergänzt. Anwendung und Auslegung des Rechts der USA obliegen den Behörden und Gerichten der USA. Die USA haben umfangreiche Informationen zum ESTA erstellt und die relevanten Dokumente öffentlich gemacht (u. a.: http://www.cbp.gov/xp/cgov/travel/id_visa/esta/). Die nachfolgenden Antworten sind auf der Grundlage dieser Informationen sowie Stellungnahmen der US-Botschaft in Berlin erstellt worden.

1. Ist der Bundesregierung bekannt, was passiert, wenn Reisende versehentlich unrichtige Angaben machen?

Unterlaufen dem Antragsteller Fehler bezüglich Mailadresse, Telefonnummer, Fluggesellschaft und Flugnummer, Abflugsort und Zieladresse in den USA, so kann er diese über die Update-Funktion des ESTA korrigieren, solange er noch keine abschließende Antwort auf seinen Antrag erhalten hat. Die Angabe der o. a. Informationen erfolgt ohnehin auf freiwilliger Basis.

Bemerkt der ESTA-Antragsteller nach Absendung seines Antrags Fehler bei den Angaben zu Passdaten, biographischen Informationen oder zu seiner Berechtigung zur Teilnahme am Visa Waiver Programm (VWP), so muss er einen neuen Antrag stellen.

2. Ist der Bundesregierung bekannt, wie verhindert wird, dass ein Dritter falsche Angaben unter fremden Namen einträgt?

Das zuständige „Department of Homeland Security“ (DHS) weist darauf hin, dass es beim Ausfüllen des ESTA durch Dritte vom Einverständnis des Antragstellers ausgeht.

Im Rahmen der Antragstellung sind u. a. auch die Reisepassnummer und weitere persönliche Daten anzugeben. Somit dürfte es für Dritte nicht ohne weiteres möglich sein, falsche Angaben unter fremdem Namen einzutragen.

Sollte dennoch ein Dritter falsche Angaben unter fremdem Namen eintragen, so besteht für die durch die Falschangaben betroffene Person die Möglichkeit, einen neuen ESTA-Antrag zu stellen.

Sollte es aufgrund der von Dritten vorgenommenen Falschangaben zu Problemen kommen, kann die betroffene Person sich an die zuständige US-Auslandsvertretung oder direkt an das DHS wenden.

3. Wie stellen sich die Speicherfristen im Einzelnen dar?

Die Daten des ESTA-Antrags werden derzeit für die Dauer von 15 Jahren gespeichert.

Sobald ESTA vollständig das bislang für visumfreie Reisen genutzte Formular I-94 W ersetzen wird, werden die ESTA-Antragsdaten, wie die bisher mit dem Formular I-94 W erhobenen Daten, für die Dauer von 75 Jahren gespeichert.

4. Beginnen die Speicherfristen mit jeder Aktualisierung, etwa wegen Änderung der Telefonnummer, neu zu laufen?

Die Speicherfristen beginnen nur bei einer erneuten Antragstellung (siehe Antworten zu den Fragen 1 und 2) erneut.

5. Für welche Daten ist eine Speicherung von 75 Jahren vorgesehen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

6. Ist damit eine Verlängerung gegenüber den bisher geltenden Speicherfristen verbunden?

Nein. Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

7. Wenn ja, sind der Bundesregierung die Gründe hierfür bekannt?

Auf die Antwort zu den Fragen 3 und 6 wird verwiesen.

8. Findet ein automatisierter Datenabgleich statt, und wenn ja, mit welchen Dateien, und unter welchen Voraussetzungen?

Ein automatisierter Datenabgleich mit den Daten des ESTA-Antrags findet mit folgenden Datenbanken statt:

- Automated Targeting System (ATS),
- Treasury Enforcement Communications System (TECS),
- Terrorist Screening Database (TSDB),
- Interpol lost and stolen passport records,
- Department of State's lost and stolen passport records.

9. Welche Behörden, sonstigen Stellen sowie juristischen und natürlichen Personen – auch von Drittstaaten oder multilateralen Regierungsorganisationen – können Kenntnis der Daten erlangen?

Grundsätzlich können die über ESTA erfassten Daten unter bestimmten Bedingungen vom DHS sowohl an andere Behörden innerhalb der USA als auch an ausländische Regierungsbehörden oder multilaterale Regierungsorganisationen weitergegeben werden. Die Entscheidung über die Datenweitergabe obliegt dem DHS.

10. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Weitergabe oder Kenntniserlangung möglich?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

11. Wird stets der vollständige Datensatz weitergegeben oder ist eine Beschränkung auf einzelne Daten vorgesehen?

Die Entscheidung über den Umfang der Datenweitergabe obliegt dem DHS.

12. Für welche Zwecke können Daten verwendet werden?

13. Gelten insoweit Unterschiede, z. B. abhängig davon, ob staatliche Stellen oder Dritte die Daten verwenden?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

14. Ist bei der Datenverarbeitung und Datenweitergabe in den USA bzw. durch die USA von einem vergleichbaren Datenschutzniveau wie in der Europäischen Union bzw. der Bundesrepublik Deutschland auszugehen, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

Die Europäische Kommission hält in ihrer Bewertung des ESTA (EU-Dok. 17437/08) fest, dass eine endgültige Bewertung hinsichtlich des Datenschutzniveaus derzeit noch nicht erfolgen kann.

15. Steht die Bundesregierung in Fragen der Angemessenheit des Datenschutzniveaus in Gesprächskontakt mit den USA, und wenn ja, mit welcher Zielsetzung?

Die Europäische Kommission steht in Fragen des Datenschutzes mit den USA in Kontakt, um weitere Informationen zu den Speicherfristen und zur Datenverarbeitung zu erhalten. Darüber hinaus steht zu erwarten, dass die abschließende Gesetzgebung zum ESTA (ESTA Final Rule) Klarheit bezüglich dieser Fragen ergeben wird.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung das Verfahren im Hinblick auf seine Transparenz?

Das DHS hat umfangreiche Dokumentationen zum ESTA unter anderem auch im Internet veröffentlicht (http://www.cbp.gov/xp/cgov/travel/id_visa/esta/).

Die ESTA-Antragsformulare stehen in verschiedenen Sprachen, darunter Deutsch, zur Verfügung. Das Verfahren entspricht darüber hinaus in weiten Teilen dem derzeitigen Verfahren in Papierform.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, dass Dritte Angaben für Reisende machen können, etwa der Arbeitgeber bei Dienstreisen seiner Mitarbeiter, in datenschutzrechtlicher Hinsicht, insbesondere im Hinblick darauf, dass Dritte auf diesem Weg höchst sensible Informationen erfahren können?

Daten für einen Dritten können nur mit dessen Einverständnis abgegeben werden. Insbesondere wird hierdurch die Möglichkeit der Teilnahme an ESTA für Personen ohne Zugang zu einem eigenen internetfähigen Computer geschaffen.

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umstellung auf ein elektronisches Verfahren, bei dem sich Daten viel leichter auswerten, übermitteln und verknüpfen lassen, in datenschutzrechtlicher Hinsicht?

Auch die bisher über das Formblatt I-94 W in Papierform übermittelten Daten wurden elektronisch weiterverarbeitet. Insofern ergibt sich keine Änderung.

19. Welche Unterstützung bei der Nutzung von ESTA bietet die Bundesregierung deutschen Staatsangehörigen, und welche Behörden sind hierfür zuständig?

Das Auswärtige Amt stellt auf seiner Webseite Informationen und weitergehende Links zum ESTA zur Verfügung (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/UsaVereinigteStaaten/Sicherheitshinweise.html>).

20. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Staatsangehörige bislang – auch freiwillig – an ESTA teilgenommen haben, und wie sind die bisherigen Erfahrungen?

Nach Mitteilung der US-Botschaft in Berlin (Stand Mitte Januar 2009) haben seit August 2008 knapp 100 000 deutsche Staatsangehörige ESTA genutzt. Die bisherigen Rückmeldungen deuten auf einen reibungslosen Betrieb hin.

21. Welchen deutschen Behörden – bitte einzeln auflühren – sind bislang ESTA-Daten übermittelt worden, was waren die Gründe hierfür, und zu welchen Maßnahmen hat die Datenübermittlung geführt?

Hierzu wurden bislang keine Erhebungen durchgeführt.

22. Welchen deutschen Behörden – bitte einzeln auflühren – können ESTA-Daten übermittelt werden?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

23. In wie vielen Fällen wurde deutschen Staatsangehörigen bei Teilnahme an ESTA bislang die Einreise verweigert bzw. erfolgte eine Ausweisung aus den USA?

Laut Auskunft der US-Botschaft in Berlin wurde durch ESTA bislang ca. 150 deutschen Staatsangehörigen die Einreiseerlaubnis verweigert. Dies entspreche bei insgesamt ca. 100 000 Anträgen einer Ablehnungsquote von 0,15 Prozent und liege somit noch unter der bisherigen Quote von Ablehnungen bei Einreiseversuchen deutscher Staatsangehöriger im Rahmen des Visa Waiver Programms.

24. Ist der Bundesregierung bekannt, was im Rahmen von ESTA mit Delikten gemeint ist, denen „in der Regel Handlungsweisen zugrunde liegen, die von Natur aus auf niederen Beweggründen beruhen, anstößig oder moralisch verwerflich sind und zudem unvereinbar mit den allgemein anerkannten Regeln der Sittlichkeit und den Pflichten, die gegenüber anderen Personen und der Gesellschaft im Allgemeinen bestehen“?
25. Ist der Bundesregierung bekannt, was im Rahmen von ESTA mit einer Einreise zum „Zweck sittenwidriger Handlungen“ gemeint ist?

Die Auslegung US-amerikanischer Regelungen obliegt den zuständigen US-amerikanischen Behörden und Gerichten.

